

Montag (Nachmittag), 2. September 2019 / Lundi après-midi, 2 septembre 2019

Grosser Rat / Grand Conseil

6 2018.RRGR.743 Motion 283-2018 Etter (Treiten, BDP)
Verzicht auf die «reduzierte Debatte»

6 2018.RRGR.743 Motion 283-2018 Etter (Treiten, PBD)
Abrogation du « débat réduit »

Präsident. Wir kommen zum nächsten Traktandum, dem Traktandum 6 und einer Motion von Grossrat Etter: «Verzicht auf die «reduzierte Debatte»». Ich gebe dem Motionär das Wort.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Vielen Dank, dass wir diese Debatte frei führen können, als freie Debatte. Wir haben diese Motion zusammen mit der Mitmotionärin eingereicht, weil wir der Meinung sind, dass es in einer reduzierten Debatte nicht möglich ist, unseren Auftrag hier drin zu erfüllen und eine vernünftige Debatte zu führen, mit allen Argumenten, die zu einer Motion gehören. Pas tous les députés sont capables de parler aussi vite comme Anne-Caroline Graber et de présenter tous les arguments en deux minutes ! (*Heiterkeit / Hilarité*) Allerdings haben wir nicht beachtet, dass Berichte, Kreditanträge und Wahlen ebenfalls in Form einer freien Debatte beraten werden. Deshalb kann ich es gleich vorwegnehmen: Wir wandeln diese Motion in ein Postulat um.

An der Antwort des Büros hat mich ein wenig erstaunt, dass zwischen wichtigen und unwichtigen Motionen unterschieden wird. Ich bin der Meinung, alle Motionen seien wichtig. Jede Motionärin und jeder Motionär gibt sich Mühe, muss Recherchen machen, muss Abklärungen treffen, muss sich hinsetzen, und will mit der Motion denn auch etwas erreichen. Deshalb finde ich es nicht richtig, dass das Büro dann beinahe entscheidet, was wichtig und was unwichtig ist. Auch das Argument, wonach Richtlinienmotionen generell in reduzierter Debatte beraten werden, stimmt so nicht. Es gibt auch Richtlinienmotionen, die unter bestimmten Voraussetzungen in freier Debatte behandelt werden. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht und bin alle «Tagblätter des Grossen Rates» der letzten zwei Jahre durchgegangen, um abzuklären, wie viele Ordnungsanträge gestellt wurden, um eine reduzierte in eine freie Debatte umzuwandeln. Es wurden mindestens 16 Ordnungsanträge gestellt. Das heisst: Wenn man pro Session umrechnet, sind es im Durchschnitt 2 Ordnungsanträge. Das gibt mir das Recht oder die Überzeugung, dass an diesem System etwas nicht stimmt, dass hier Änderungsbedarf besteht.

Wir beantragen Ihnen, diese Motion in ein Postulat umzuwandeln, damit das Büro die Möglichkeit erhält, dies bei der nächsten Gesetzesrevision genauer anzuschauen. Dies natürlich mit dem Ziel oder der Absicht, dass man zumindest alle Motionen gleichbehandelt, dass man alle Motionen als gleich wichtig betrachtet und dass man zumindest alle Motionen in freier Debatte beraten kann und dass Kreditgeschäfte, Berichte und Wahlen weiterhin in einer reduzierten Debatte behandelt werden können. Deshalb beantragen wir Ihnen, diese Motion als Postulat zu überweisen. Danke.

Präsident. Als Mitmotionärin: Grossrätin Sarah Gabi Schönenberger.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP). Fact ist: Seit der Revision des Gesetzes über den Grossen Rat (GRG) kommen viel weniger Einzelsprechende hier nach vorne ans Rednerpult. Der Effizienz zu liebe, kann man sagen, kann es manchmal sinnvoll sein, weil man so Zeit spart. Selbstverständlich kann man darüber diskutieren, ob es sinnvoll ist, wenn mehrere Personen nacheinander mehr oder weniger hier vorne dasselbe erzählen, was in der Realität aber kaum geschieht. Eine Frage ist aber: Haben wir das Recht, hier so restriktiv zu sein? – In den letzten Jahren machte nämlich auch das Grossratspräsidium verschiedentlich darauf aufmerksam, dass die Zeit drängt, weil bald schon Mittag sei oder demnächst Sessionsende, oder was auch immer. Deshalb solle man es sich doch nochmals ganz gut überlegen, ob man überhaupt hier nach vorne sprechen kommen wolle, ob dies denn wirklich überhaupt noch notwendig sei. Ich finde, dies ist nicht der richtige Ansatz und aus demokratischer Sicht auch unschön. Denn das Wort «Parlament» entspringt dem Alt-

französischen Wort «Unterredung». Man kennt dieses Wort seit dem XIII. Jahrhundert, und es ist abgeleitet von «parler», also «sprechen», «reden», wie Sie alle selbst wissen. Die Beratung und die Debatte machen ein Parlament zu einem Parlament. Ein Parlament soll eben leben und auch gelebt werden dürfen. Reden zu dürfen, dies muss in einem Parlament die Regel sein, und eben nicht die Ausnahme, um so auch eine echte, seriöse Debatte zu ermöglichen. (*Unruhe / Agitation dans la salle*)

Es hat sich auch gezeigt ... Moment, ich muss kurz schauen. Ja, es hat sich eine starke Beschneidung durch die Redefreiheit, durch diese Einteilung, gezeigt. Schliesslich gibt es bereits klar geregelte Redezeitbeschränkungen, und diese reichen für einen effizienten Ablauf der Ratsdebatten hier. Es ist mir bewusst, dass dieser Vorstoss, wegen der Vorstossflut, die wir sie haben, hier und heute zu einem ungünstigen Zeitpunkt diskutiert wird. Für diese Vorstossflut zeichnen eben wir alle hier drin verantwortlich. Dies wegen der zunehmenden Zeitnot, die Grossrat Vanoni bereits erwähnt hat, weil die Januarsession gestrichen wurde. Auf ein Abwürgen von Debatten, hier live im Rat, sollte dies aber keine direkte Auswirkung haben. Als Einzelsprechende und Einzelsprechender sollte man hier in unserem Kantonsparlament eine Aussage zu Vorstössen machen *können*, ohne dass es zuerst notwendig sein muss, einen Ordnungsantrag zu stellen. Wir sollen hier debattieren können, hier sprechen können. Vorhin hat es hier bereits wieder geblinkt, das ist immer etwas schwierig. – Und selbstverständlich sollen wir einander auch gut zuhören, so oft wie möglich, statt sich gänzlich auf die Vorarbeit in den Fraktionen und Kommissionen zu verlassen. Jeder einzelne, jede einzelne hier drin ist Volksvertreter. Denjenigen, die diesen Vorstoss nicht unterstützen können, ... (*Der Präsident bittet die Rednerin zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.*) ... denen lege ich ans Herz, sollte der Vorstoss chancenlos bleiben, zumindest bei den Ordnungsanträgen für eine freie Debatte kulant zu sein; dies aufgrund der vorhin genannten Gründe. Vielen Dank.

Präsident. Mitmotionäre haben 3 Minuten Redezeit! (*Grossrätin Gabi Schönenberger wendet ein, es seien gemäss der ihr gegebenen Auskunft 5 Minuten. / Mme la députée Gabi Schönenberger objecte que selon les informations reçues, il s'agit de 5 minutes.*) Nein, das ist falsch. Das kann manchmal vorkommen. Wir kommen zum Sprecher des Büros, Stefan Costa.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident, Sprecher des Büros des Grossen Rates. Entschuldigen Sie, Grossrätin Gabi Schönenberger, ich habe mich effektiv getäuscht. Mitmotionäre haben eine Redezeit von 3 und nicht von 5 Minuten. Es tut mir leid, das war eine Fehlinformation. Ich nehme vorweg, dass wir die reduzierte Form – das heisst Postulat und dann noch den Gültigkeitsbereich nur für Motionen – im Büro so nicht diskutiert haben. Seitens des Büros haben wir die Motion, wie sie vorliegt, behandelt. Wir haben knapp 60 Prozent der Debatten, die hier in freier Debatte geführt werden, und etwa 40 Prozent, die in einer anderen Debattenform debattiert werden, vor allem in Form der reduzierten Debatte. Wir haben den Punkt, dass Motionen grundsätzlich frei debattiert werden. Eine Ausnahme sind die Richtlinienmotionen. Dort kommt die reduzierte Debatte zur Anwendung. Damit Sie sich die zeitlichen Verhältnisse ein wenig vorstellen können: Wenn man die Sitzung im Hinblick auf die Bürositzung plant, rechnet man in etwa mit 30–40 Minuten für eine Motion in freier Debatte, je nach politischer Substanz, die man zu erkennen glaubt. Das ist ein bisschen eine Abwertungssache. Man rechnet etwa mit 20 Minuten für eine Richtlinienmotion. Bei Berichten sind für die reduzierte Debatte etwa 20 Minuten zu veranschlagen, und bei freier Debatte etwa eine Stunde.

Den Vorwurf, der ein wenig anklingt, wonach man willkürlich festlegt, was frei und was reduziert ist, diesen möchte das Büro nicht gelten lassen. Hier wendet man klare Regeln an, was in reduzierter Form zu diskutieren ist oder umgekehrt und was eben als freie Debatte geführt werden soll. Dafür haben wir Standards, die man anwendet. Weiter ist es grundsätzlich so, dass wenn ein Antrag kommt, wonach eine reduzierte Debatte zu wandeln ist, das Büro sich in aller Regel nicht davor verschliesst, dies gut anzuschauen, und die Diskussionsform manchmal noch abändert. Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen das Büro, diesen Vorstoss abzulehnen.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden, zuerst Ruedi Löffel für die EVP.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Die Mehrheit der EVP-Fraktion hat Sympathien für diesen Vorstoss, und wir unterstützen diesen. Jakob Etter hat es gesagt: Auch, wenn ich das Wort Willkür hier nicht verwenden möchte, ist es, so denke ich, heikel und nicht immer ganz einfach,

festzulegen, was ein wichtiger Vorstoss und was ein unwichtiger Vorstoss ist. Jakob Etter hat es auch gesagt: Wir haben hier drin bereits x Ordnungsanträge behandelt. Es dünkt mich, es sei eher willkürlich, wenn ein Teil der Ordnungsanträge auf freie Debatte hier nicht angenommen werden. Manchmal finde ich dies ein bisschen schade. Ich habe es vorhin gesagt: Ich bin der Meinung, dass wir vor fünf Jahren, bei der Änderung der GO, mit der Selbstbeschränkung etwas zu weit gegangen sind. Deshalb wäre es sinnvoll, wir würden diesen Einschnitt der reduzierten Debatte wieder rückgängig machen. Wenn all diese Ordnungsanträge wegfallen, welche freie Debatte fordern und welche hier vielleicht noch begründet werden, hätten wir vielleicht einen Teil der Zeit wieder aufgeholt. Wenn wir nochmals ernsthaft über die Januarsession diskutieren, dann hätten wir füglich Zeit, um alle Vorstösse in freier Debatte zu behandeln.

Ein wenig Zeit könnten wir allenfalls auch noch bei den unbestrittenen Direktionsgeschäften sparen. Seit der Revision der GO hat es sich eingebürgert, dass hier vorne zu allen, wirklich zu allen Direktionsgeschäften hier drin noch relativ lange gesprochen wird, selbst dann, wenn diese völlig unbestritten sind und selbst dann, wenn diese in den Kommissionen sehr seriös vorberaten und angeschaut wurden. Ich bin der Meinung, diese Zeit könnten wir uns zum Teil auch schenken. Ich habe es gesagt: Die EVP ist der Meinung, der Zeitfaktor könne nicht wirklich ein Grund sein, um diesen Vorstoss hier abzulehnen. Denn es gibt Möglichkeiten, die Zeit aufzuholen. Die Effizienz ist, so glaube ich, auch nicht wirklich der entscheidende Faktor; entscheidender ist, dass wir hier die Möglichkeit haben, von unserem Recht, zu allem zu reden, Gebrauch machen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Vorstoss zu überweisen. Danke.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). Das Grundanliegen der Motion, oder jetzt des Postulats, ist für die BDP nachvollziehbar. Innerhalb der zwei Minuten, die für die reduzierte Debatte vorgesehen sind, ist es in der Tat manchmal sehr schwierig, eine Meinung zu einem Vorstoss oder zu einem Geschäft kundzutun. Man möchte ja nicht nur sprechen, sondern man möchte auch etwas gesagt haben. Es gibt aber durchaus Wege, um den Beschluss des Büros von der reduzierten zur freien Debatte per Antrag rückgängig zu machen. Wir haben es übrigens auch für die Geschäfte dieser Session gemacht: Man hatte im Büro bereits Anträge, welche denn auch wohlwollend so überwiesen wurden. In der Fraktion haben wir uns auch wieder darüber unterhalten, ob die Zuteilung eines Geschäfts in eine Richtlinienmotion oder in eine ordentliche Motion für das Plenum tatsächlich immer klar ist. Wir nehmen es einfach hin, wenn wir die Traktandenliste vor uns haben, auch im Büro. So ist es und so nimmt man es an, und wir gehen davon aus, dass es stimmt. Hinterfragt haben wir es eigentlich noch nie. Hätten wir zwischendurch nicht eine reduzierte Debatte – dem ist leider so –, wären wir jetzt mit noch viel grösserem Zeitverzug oder -verlust unterwegs. Manchmal ist es ganz gut, wenn es uns ein bisschen in den Senkel stellt, damit wir zwischendurch, auch in den zwei Minuten, etwas sagen und nicht nur reden.

Wir möchten dem Anliegen des Postulanten aber Rechnung tragen. Die BDP wird dieses Postulat unterstützen. Wer weiss, vielleicht haben wir gar nicht zu Ende gedacht, vielleicht gibt es ja noch irgendein Zwischending.

Präsident. Pour le groupe PS-JS-PSA, Maurane Riesen.

Maurane Riesen, Bern (PSA). Comme le Bureau du Grand Conseil, le groupe PS-JS-PSA est d'avis que l'on devrait continuer d'avoir la possibilité de faire des débats réduits, même si une minorité du groupe soutiendra cette motion ou ce postulat.

L'expression libre des élu-e-s est un élément central de l'exercice démocratique au sein de ce Conseil. Le groupe PS-JS-PSA soutient par principe très souvent les motions d'ordre demandant de modifier un débat réduit en un débat libre, et il continuera à le faire. Il n'empêche que pour le bon fonctionnement du déroulement des sessions, certaines affaires, pour lesquelles il est admis de manière quasiment unanime qu'un débat de fond n'est pas forcément utile, notamment dans le cas de certaines motions ayant valeur de directive. La majorité du groupe estime qu'il est intéressant de pouvoir garder cette possibilité d'avoir un débat réduit pour certaines affaires. Mais comme mentionné, notre groupe reste toujours très ouvert lorsqu'il s'agit d'accorder un débat libre, car débattre c'est la base de notre travail de parlementaires. Merci.

Daniel Klauser, Bern (Grüne). Die grüne Fraktion lehnt die Motion – als es noch eine war – mehrheitlich ab. Wie es bei einem Postulat sein wird, kann ich nicht sagen. Vielleicht wird es ein paar Ja-Stimmen mehr geben. Wir sind durchaus der Meinung, dass es in einem Parlament Platz für Debatten

geben muss, dass es auch genügend Platz geben muss, und dass es nicht sein kann, dass man eine Minderheit oder eine Opposition durch Beschränkung der Redezeit irgendwie mundtot machen will. Wir sind aber der Auffassung, dass im aktuellen System, wie wir es haben, alle genügend in der Lage sind, ihre Meinungen zu äussern, und dies insbesondere auch – dies nehme ich als Mitglied des Büros persönlich wahr –, weil das Büro sehr sorgfältig mit diesen Anträgen umgeht, wenn eben beantragt wird, eine reduzierte in eine freie Debatte abzuändern. Dort wird sehr wohl nach sachlichen und objektiven Kriterien, und nicht aufgrund politischer Präferenzen, darüber entscheiden, wo man jetzt eine freie Debatte machen will und wo nicht. In diesem Sinn: Was tun wir mit den verschiedenen Debattenformen? – Wir organisieren und priorisieren. Ich glaube, das ist es, was entscheidend ist, und nicht, dass man zu allem noch mehr schwatzt. Stattdessen sollte man über das genügend schwatzen und sich für das genügend Zeit nehmen, was wirklich wichtig, gemäss den Kompetenzen des Grossen Rates. Dass wir freie Debatte machen ... Wir werden während dieser Session wieder x solche Geschäfte haben, für welche der Grosse Rat eigentlich gar nicht zuständig ist, weil sie in Bundeskompetenz sind oder eben in Regierungsratskompetenz liegen, wie bei den Richtlinienmotionen. Ich muss Ihnen sagen, dass ich dafür eigentlich nicht mehr Zeit aufwenden möchte. Denn der Grosse Rat soll seine Zeit dort aufwenden, wo er wirklich Kompetenzen hat, und dazu soll er auch Entscheidungen treffen können. Dort haben wir die freie Debatte, und das ist auch richtig so. In diesem Sinn gibt es für das Postulat vielleicht ein paar Ja-Stimmen mehr; die Motion hätten wir grossmehrheitlich abgelehnt. Danke.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Als Motion hätte die FDP diese Idee auch abgelehnt, für das Postulat könnte es etwa einzelne Stimmen geben, die es unterstützen. Ich glaube, bei der Beantwortung lief etwas ein bisschen falsch, oder es war eine schlechte Wortwahl, weil zwischen «wichtig» und «unwichtig» unterschieden wurde. Ich denke, damit hat man die sogenannten Richtlinienmotionen oder -vorstösse gemeint, bei welchen der Regierungsrat auch frei ist, diese überhaupt anzunehmen oder etwas zu tun. Er ist nicht verpflichtet, bei einer Richtlinienmotion überhaupt etwas zu tun, er kann diese auch verstecken und irgendwann abschreiben und so weiter. Ich denke schon, dass es wichtig ist, dass wir unsere Zeit für jene Vorstösse einsetzen, mit welchen wir dem Regierungsrat eine verpflichtende Entscheidung mitgeben können.

Vielleicht noch etwas zu Kollega Etter. Er hat die Statistik erwähnt und wie viele Anträge vorlagen. Interessant wäre vielleicht noch, wie viele überhaupt überwiesen wurden. Ich denke, diese Erfolgsquote war auch nicht so hoch. Vielleicht noch zu Kollege Löffel. Er hat die Regierungsgeschäfte erwähnt, welche unbestritten sind. Dort muss doch, wenn ein fakultatives Referendum möglich ist, eine Unterscheidung gemacht werden. Dies wegen der Abstimmungsbotschaft, für welche wir Wörter, Sätze oder Aussagen von einzelnen Parteien brauchen, um das Abstimmungsbüchlein zu schreiben. Wie gesagt, ich habe so oft erlebt, dass Richtlinienmotionen sogar noch in Postulate gewandelt wurden. Dazu könnte man auch eine Statistik machen. Wahrscheinlich sind es auch sehr viele, die ihre Idee am Schluss noch retten wollen und noch in ein Postulat wandeln. Wie gesagt, die FDP unterstützt diese Vorlage so nicht. Danke.

Walter Schilt, Utzigen (SVP). Man kann sehr wohl ein gewisses Verständnis für dieses Anliegen, für diese Motion haben. In der Begründung heisst es, dass die Zuteilung zum Teil diskriminierend sei. Dies kann so erscheinen, vor allem, wenn es vielleicht mein Vorstoss ist. Denn dann hätte ich gerne, dass man darüber spricht, und dies möglichst lange und ausführlich. Auch habe ich, der ich jetzt bloss seit rund anderthalb Jahren diesem Rat angehöre, festgestellt, dass viele Sachen einfach wiederholt werden, und ich liess mir sagen, dies sei einfach für die Galerie. Ich denke, dass man im Sinn der effizienten Ratsführung und Geschäftsabwicklung, dem Büro des Grossen Rates sehr wohl vertrauen kann, dass es dies gut macht und die Ein-/Zuteilung nach bestem Wissen und Gewissen vornimmt. Die SVP-Fraktion lehnt diese Motion grossmehrheitlich ab. Über das Postulat haben wir uns nicht unterhalten. Danke.

Präsident. Das Rednerpult stünde noch für Einzelsprechende offen, da wir keine reduzierte Debatte führen. (*Heiterkeit / Hilarité*) Es gibt keine Einzelsprechenden. Dann gebe ich dem Motionär Jakob Etter nochmals das Wort.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Besten Dank für diese engagierte Debatte. Auch nach vierzehn Jahren im Grossen Rat muss man halt noch gewisse Sachen lernen, auch, dass man den Zeitfaktor etwas besser im Griff haben muss und vor den Wahlen, wenn alle etwas sagen wollen, keine solche Motion

einreichen sollte. Wahrscheinlich erging es vielen von Ihnen so wie mir – dies war eigentlich auch der Auslöser dafür, dass ich diese Motion einreichte –, dass wir plötzlich merkten, dass für eine Motion, zu welcher man sprechen sollte, eben die reduzierte Debatte gilt, sodass man Argumente streichen muss, weil es zeitlich nicht mehr reicht. Zu Carlos Reinhard: Im Sommer hatte ich mit den Ferien und so weiter auch ein wenig eine reduzierte Debatte. Deshalb konnte ich nicht noch weitere Statistiken erstellen.

Ich möchte dem Büro die Gelegenheit zur Prüfung dieser Frage geben, damit angeschaut werden kann, ob alle Motionen gleichbehandelt werden könnten. Deshalb möchte ich Sie bitten, diesem Postulat zuzustimmen. Danke.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Die Motion wurde in ein Postulat gewandelt. Wer das Postulat annehmen möchte, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.743; als Postulat)

Vote (Affaire 2018.RRGR.743 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 37

Nein / Non 106

Enthalten / Abstentions 6

Präsident. Dieses Postulat wurde abgelehnt, mit 106 Nein- gegen 37 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen.